

## Flammenzeichen!

Das brennende Reichstagsgebäude in der denkwürdigen Nacht vom 27. auf den 28. Februar zeigt gleich einem furchtbaren Symbol das erschütternde Bild der deutschen Zustände. Die kommunistische Gefahr, mit allen Mitteln der revolutionären Technik geschult, hat sich nicht gescheut, die Brandfackel in das Haus zu werfen, das eigentlich dem deutschen Volke gehören soll. Alles, was wir in den letzten Wochen und Monaten an Ausfärbungen und Blutergüssen, an Haß und Begehrtheit erlebt haben, hat hier seinen Höhepunkt gefunden. Das deutsche Haus brennt, weil die Bergweilung und die Not im Innern keine Bewohner in Kampf und Leid gegeneinander getrieben hat. Das deutsche Haus brennt, weil der Volkswind aus der tiefen wirtschaftlichen Not keine Nahrung lüftet. Das deutsche Haus brennt, weil die Kräfte des Ausgleichs und der Vernunft nicht mehr gehört werden von den Kindern eines Volkes, weil sie, statt in gemeinsamer Geduld und Vaterlandsliebe das Erbe der Väter zu wahren, mit Häuten aufeinander schlagen. Die Feuerfackel am Platz der Republik sollte ein furchtbares Warnungszeichen an alle sein, die in deutschen Grenzen wohnen.

Wir denken es der Regierung, daß sie mit brutaler Entschlossenheit den Brandstiftern und Übertreibern das Handwerk legt. Kein Deutscher, ob Bürger, Arbeiter oder Bauer, wird ihr das Recht dazu bestreiten. Wenn die neue Rotverordnung zum Schutz des deutschen Volkes gegen die kommunistische Gefahr hätte Einwirkung in die bürgerliche Freiheit bringt, so wird man das in Kauf nehmen müssen. Ausnahmezustände, wie wir sie jetzt durchleben, rechtfertigen auch besondere Maßnahmen. Kein Staat kann leben, und keine Regierung hat das Recht, sich als solche zu bezeichnen, die nicht gegen die Feinde der Ordnung und der Freiheit mit harter Hand vorgeht.

Es hat in weiten Kreisen einen guten Eindruck gemacht, daß die Reichsregierung zu erkennen gab, im Kampf gegen den Kommunismus nicht die Bahn der verfassungsmäßigen Grundzüge zu verlassen. Die Machtmittel des Staates, Reichswehr, Polizei und Beamtentum, zeichnen vollkommen aus, um alle Sicherheiten zu schaffen. So schlecht der Eindruck der heutigen Zustände dem Ausland gegenüber wirken muß, so wird es doch als ein Zeichen der inneren Stärke zu deuten sein, daß das Reichsministerium am Wahltermin vom 5. März festhält.

Es ist selbstverständlich, daß gegen die kommunistische Partei und ihre verschiedenen Organisationen mit Schärfe vorgegangen wird. Wenn gesagt wurde, daß der ausländische Brandstifter mit der Sozialdemokratischen Partei eine „Verbindung“ gehabt habe, so wird eine Nachprüfung dieser Angaben erforderlich sein. Wenn sich dieser Zusammenhang als eine unkontrollierbare Nebenart des ertappten Verbrechens entpuppt, dürfte die Regierung bereit sein, die gegen die sozialdemokratische Presse getroffenen Maßnahmen einer Nachprüfung zu unterziehen.

Für alle Deutschen in Stadt und Land aber muß das Bild des brennenden Reichstages eine ernste Mahnung sein. Man wird sich fragen müssen, welche Schuld die Weimarer Parteien auf sich geladen haben, die jahrelang das Treiben im Reichstagsgebäude, die unterirdische Propaganda der Bolschewisten in allen Lebensgebieten unseres Volkes und Staates gebildet haben. Man wird erkennen müssen, daß der Kapitalismus eine furchtbare Gefahr ist und daß die Not niemals ein guter Verbündeter sein kann. Die wirtschaftliche und soziale Not muß überwunden werden, um den Sumpf auszutrocknen, aus dem jene Giftblüten entsprossen sind. Die ruhige Sachlichkeit der selbständig denkenden Menschen muß an die Stelle der hohlen Versprechungen und der lauten Phrasen treten, wenn unser Volk zum echten Staatsbürgerlichen Gedanken zurückkehren soll. Die Stärkung der nationalen Front durch die staatspolitischen Kräfte des sozialen Ausgleichs und der nationalen Verbundenheit, die Stärkung der nationalen Regierung durch diese Elemente, ohne die ein moderner Staat seine Aufgabe nicht erfüllen kann, das ist der Sinn des 5. März. Wenn in letzter Stunde alle Energien für hohe Ziele eingesetzt werden, dann wird unser Volk nicht in den Abgrund des Bolschewismus stürzen, dann wird es vor Terror und Bürgerkrieg bewahrt bleiben, dann wird das deutsche Haus keine Ruine, sondern die sichere Heimstatt aller sein, die in der Nation den stolzen Ausdruck unseres gemeinsamen Willens suchen.

## Die Sammlung der christlich-konservativen Kräfte.

Von Franz v. Dapen,

Deutschem Botschafter und Reichskommissar für Preußen.

In meiner Rede auf der Gründungsfeier der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot im Berliner Sportpalast habe ich betont, daß ich mich nicht aus parteipolitischen Erwägungen, sondern als Freund der parteipolitisch nicht gebundenen konservativen Deutschen der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot zur Verfügung gestellt habe.

Mit dem Begriff „konservativ“ ist vielfach Mißbrauch getrieben worden. Erst allmählich wird — als gesunde Reaktion gegen die geistige Verproletarisierung der letzten Jahre — der konservative Gedanke wieder in weiseren Kreisen bewußt empfunden. Damit ist bewiesen, daß er unsterblich ist, solange die Kräfte des Glaubens, der Familie, der staatsrechtlichen Ueberlieferung in einem Volke noch nicht völlig zerstört sind. Vielleicht war es notwendig, daß unser Volk durch die geistige Wüste materialistischer Zersetzung hindurchging, um in dieser trostlosen Oede wieder zu den ewigen Gesetzen der christlichen Weltordnung zurückzufinden, ohne die auch der deutsche Staat nicht leben kann.

In diesem Sinne habe ich vom „sacrum imperium“, dem heiligen Reich der Deutschen, gesprochen. Dieses Reich ist nicht, wie meine Gegner geflissentlich behauptet haben, eine „mittelalterliche Reaktion“, sondern lebendige Gegenwart eines Volkes, das sich wieder auf seine inneren Werte bekennt. Dieser heilige Reichsgedanke ist — trotz gewisser Unterschiede in der Betonung — in Wahrheit auch die Klammer, die die in der nationalen Regierung eintreten Kräfte aneinander bindet. Wir dienen nicht einer Partei, sondern der Stärkung der nationalen Einheit, wenn wie in der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot die Millionen parteipolitisch nicht gebundener Menschen erfassen, die in diesem Sinne konservativ sind. Schulter an Schulter mit der großen Volksbewegung Hitlers, die der Arbeit der nationalen Regierung den lebendigen Widerhalt in den breiten Massen des deutschen Volkes sichert, marschieren die traditionserfüllten Kräfte der Deutschnationalen Volkspartei und des Stahlhelms.

Diese Zusammenfassung gibt allen, die bisher abseits standen, weil sie Parteibindungen scheuten, die Möglichkeit, ihre Stimme am 5. März für den christlichen Staat deutscher Nation in die Waagschale zu werfen. Man hat mit Recht den Nichtwählern ihr Verhalten vorgeworfen,

## Verbot der Berufsarmee in Genf angenommen.

\* Genf. Die unmittelbar die deutschen Interessen betreffende Frage, ob in Zukunft neben dem von Frankreich vorgeschlagenen Militärsystem auch Berufsarmee zugelassen werden sollen, wurde am Mittwoch im Hauptauschuss der Abrüstungskonferenz im französischen Sinne entschieden. Der Hauptauschuss beschloß, daß Berufsarmee oder über die vorgesehene kurze Dienstzeit hinaus dienende Truppenbestände verboten werden. Als Ausnahme für eine längere Dienstzeit sind lediglich diejenigen Truppenbestände zugelassen, die nach dem französischen Plan im Rahmen der einzelnen Nationalarmeen für das internationale gemeinsame Vorgehen des Völkerbundes gegen einen Angreifer zur Verfügung stehen sollen. Die Frage, ob somit in Zukunft die Reichswehr neben einem allgemeinen Militärsystem gestattet wird, ist auf der Abrüstungskonferenz in abschlägigem Sinne entschieden worden.

Pierre Cot wollte noch einmal in einer längeren Rede, allerdings ohne Deutschland zu erwähnen, die Gefahr einer deutschen Reichswehr neben einem deutschen Militärsystem an die Wand. Berufsarmee müßten in Zukunft als ein dem Frieden in höchstem Maße gefährdendes System verboten werden.

Ohne Abstimmung und ohne Widerspruch nahm der Hauptauschuss das Verbot der Berufsarmee an. Die Fassung der deutschen Abordnung, die sich weder an der Aussprache noch an der Abstimmung beteiligte, wird auf deutscher Seite mit den bereits vor einiger Zeit auf der Konferenz angenommenen Generalsverträgen begründet, wonach die deutsche Regierung keinerlei Entscheidung auf dem Gebiete der Effektivfragen annimmt, bevor nicht die Hauptfrage der Abschaffung oder Beschränkung der Militärsysteme, sowie die Regelung der Kriegsmaterialfrage der einzelnen Länder entschieden ist. Der Beschluß des Hauptauschusses ist daher sachlich für Deutschland ohne jede bindende Bedeutung.

## Die Einzelberatungen des französischen Vorschlags im Luftfahrtauschuss.

\* Genf. Im Luftfahrtauschuss der Abrüstungskonferenz begannen am Mittwoch die Einzelberatungen des französischen Vorschlags für die Internationalisierung der Zivilluftfahrt, der zwei große Organe für die Leitung und Kontrolle der Zivilluftfahrt vorsieht:

1) ein aus Vertretern aller Mächte zusammengesetztes internationales Luftfahrtamt, an das sämtliche Staaten ihre Oberhoheitsrechte auf dem Luftfahrtgebiet abtreten und dem die Kontrolle der großen Luftfahrtritten, sowie der Herstellung und Verwendung des gesamten Luftmaterials der einzelnen

Einem großen Teile der bisherigen Nichtwähler aber wird man zubilligen müssen, daß die Ueberbetonung des Parteipolitischen und Materielle ihnen den Weg zur Wahlurne erschwerte. Das gilt für viele Menschen konservativer Grundhaltung, die aus wesentlichen Erwägungen dem heutigen Parteiwesen mit seinen auf Stimmengang berechneten Wahlparolen ablehnend gegenüberstanden. Es gilt für gewisse Kreise der jüngeren Generation, nicht zuletzt aber für viele Frauen, deren Weltanschauung ganz schlicht und einfach auf den Begriffen: Familie, Religion, Tradition begründet ist, und die sich gerade deshalb in den komplizierten Parteiprogrammen nicht zurechtfinden.

Nun ist in der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot der schlichte Gedanke der Kameradschaft christlich-nationaler, konservativer Kräfte verdrängt. Der Stahlhelm vertritt unsere ehrwürdige soldatische Tradition, bei den Deutschnationalen und den hinter uns stehenden Kräften des Landvolks steht das Bekenntnis zum bodenständigen Volkstum, zum gesunden Mittelstand als den Grundlagen der christlichen Familie und des christlichen Staates in Vordergrund. Wir öffnen unsere Arme allen denen, die noch abseits stehen oder die Kräfte der Verneinung kühlen. Wer sich am 5. März durch Wahlenthaltung abseits stellt oder in der Verneinung verharrt, wird sich dem Vorwurfe nicht entziehen können, daß er die im Volksweltbewusstsein ausmündenden Parteien der kulturellen und politischen Zersetzung gegen den nationalen und christlichen Staat stützt. Er möge das Bessere mit seinem Gewissen abmachen — wenn er es vermag!

Wir aber wissen, daß in unseren Reihen und damit hinter dieser nationalen Regierung alle diejenigen deutschen Männer und Frauen stehen werden, die mit uns für die religiöse und politische Erneuerung des deutschen Volkes kämpfen wollen.

## Besprechungen zwischen Reich und Ländern.

Wds. Berlin. Reichsinnenminister Dr. Frick hat bereits am Dienstagabend eine Besprechung mit den Vertretern der deutschen Länder gehabt, die der Durchführung der neuen Rotverordnung über den Schutz von Staat und Volk gegen den kommunistischen Terror galt. Er soll hierbei beruhigende Erklärungen über die Absichten des Reiches für das Verhalten bei der Durchführung in den Ländern gegeben haben. Reichsminister Frick habe sich in der Unterredung mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Seid am Mittwoch diesen Erklärungen angeschlossen.

## Waffen-, Munitions- und Säure-Fund im Saganer Volkshaus.

\* Sagan. In der Nacht zum Mittwoch wurde von der Polizei das Saganer Volkshaus durchsucht. Man fand in den Dachräumen der Saganer Front verschiedene Handwaffen, mehrere Revolver, Schläger von Infanterie-Gewehren und Teile von Revolvern, sowie mehrere hundert Schussmunition. Ein Fund ganz besonderer Art wurde unter dem verletzlichen Boden des Orchesters gemacht. Man fand zwei Kisten, die über 100 schwere Stöcke, ungepöhlte Knäpfe und über 50 mit Säure gefüllte Glasflaschen enthielten. Außerdem lagen dort noch mehrere Flaschen mit Säure. Im Laufe des Mittwochs vormittag wurden 7 bekannte Saganer Sozialdemokraten verhaftet. Auch bei den Kommunisten wurden am Mittwoch vormittag Hausdurchsuchungen veranstaltet, die zahlreiche verbotene Zeitungen, Zeitchriften, Propaganda und auch eine Anzahl Waffen zu Tage förderten.

## 500 österreichische Eisenbahner verhaftet.

\* Wien. Die Zahl der als Mitglieber der Streikleitung verhafteten Eisenbahnbeamten und -angestellten beträgt ungenau etwa 500. In höheren Rängen wurden wegen Teilnahme am Streik etwa 40 vom Dienste suspendiert. Sie haben ihre Dienstentlassung zu gewärtigen.

Länder, der Verwendung und Ausbildung des Personals und der Finanzierung der einzelnen Linien obliegen ist; 2) eine internationale Aktiengesellschaft, die die großen kontinentalen und interkontinentalen Luftlinien im gemeinsamen Interesse leitet und mit Kapital und Aufsichtsratsbeteiligung an den einzelnen noch verbliebenen nationalen Gesellschaften teilnimmt.

Der französische Luftfahrtminister Pierre Cot entwickelte in einer einstündigen Rede die Einzelheiten des französischen Planes, dessen Annahme die einzige Vorbedingung für eine jede Abschaffung der Militärluftfahrt bilden müsse.

Ministerialdirektor Brandenburg stellte in der Aussprache sachlich fest, daß eine sofortige Abschaffung der Militärluftfahrt entgegen den französischen Bedenken durchaus möglich sei, da Deutschland nach dem Wortlaut des Verfallener Vertrages im Laufe eines Jahres, zum die Abrüstung aller Staaten zu ermächtigen, 15.700 Flugzeuge, 27.000 Motoren und viele Millionen Quadratmeter Flughallenraum zerstören mußte.

Die Einzelberatung des französischen Planes auf der Konferenz erweist sich als überflüssiger Zeitverlust, da die Ablehnung dieses Planes durch die außereuropäischen Großmächte Deutschland, England und Italien feststeht.

## Allgemeine Heeresfragen vor dem Hauptauschuss.

\* Genf. Der Hauptauschuss der Abrüstungskonferenz befaßte sich nach Erledigung der Frage der Vereinfachung der kontinental-europäischen Heeresysteme mit den allgemeinen Heeresfragen. Die deutsche Abordnung nimmt an den Verhandlungen über diese auf den Hoover-Plan aufbauenden Fragen wieder in vollem Umfang teil. Die Einteilung der effektiven Truppenbestände in einen herabsetzbaren und einen nicht herabsetzbaren Teil wurde vom Auschuss ohne weitere Aussprache angenommen. Der Auschuss beschloß, daß zur Berechnung des nicht herabsetzbaren Teiles die Besatzungszahl und die Sonderbedingungen der einzelnen Länder in Betracht gezogen werden sollen.

Vollstrecker Radolun beantragte als wesentlichsten Berechnungsfaktor die Bevölkerungszahl und die Zahl der in der Nähe der Grenze gelegenen großen Städte in Betracht zu ziehen. Jeder deutsche Antrag rief Pierre Cot auf den Plan, der, da sich eine solche Berechnung für Frankreich ungünstig auswirken würde, sich gegen die nähere Bezeichnung der einzelnen Sonderbedingungen für die Festsetzung der nicht herabsetzbaren Truppenbestände aussprach.

Der Hauptauschuss beschloß, dem Effektivauschuss die Bestimmungen der herabsetzbaren und nicht herabsetzbaren Teile der Truppenbestände zu überlassen.

## Wirtschaftspolitische Arbeiten des Reichsministeriums.

Wds. Berlin. Das Reichsministerium beschäftigte sich am Mittwoch in mehrstündiger Sitzung besonders mit wirtschaftspolitischen Fragen und mit den Einflußkontingenten. Verschiedet wurden die Verordnungen über die Reorganisation der Krankenkassen und zur Ausführung der bereits angeordneten Verabreichung der Epinepholpräparate in vom Reich subventionierten Betrieben. Die Beratungen des Ministeriums über wirtschaftspolitische Fragen werden am Donnerstag mittag fortgesetzt.

## Große Polizeiaktion gegen die Kommunisten in München.

\* München. Ueber die am Mittwoch in München durchgeführte Polizeiaktion gegen die Kommunisten gibt die Polizeidirektion folgenden Bericht heraus:

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar wurden am Mittwoch in den Vormittagsstunden umfangreiche Durchsuchungen bei Kommunisten vorgenommen und Akten, Broschüren und Flugblätter zentnerweise beschlagnahmt. Insbesondere wurden durchsucht: Das Parteibüro der KPD, das Büro der Roten Hilfe, das Büro der revolutionären Gewerkschaftsopposition, des Einheitsverbandes für das Baugewerbe des internationalen Bundes der Oiler des Krieges und der Arbeit, des Erwerbslosenvereins für den Bezirk Wagners, der Literaturstelle, ferner die Druckerei und sonstigen Gewerkschaftsräume der „Neuen Zeitung“, die Werkstätten der Arbeiter-Austrickter Zeitchrift, des Kampfbundes gegen den Faschismus, der Roten Mord-einheit und der internationalen Arbeiterhilfe.

Das Parteibüro und die Werkstätten der „Neuen Zeitung“ wurden geschlossen und die „Neue Zeitung“, Ausgabe A Bayerisches Echo, „Der Arbeitsschloß“, sowie „Der Kampfgefang“, Organ der klassenbewußten Arbeiterlängeren und -länger bis auf weiteres verboten.

Die Durchsuchung des umfangreichen beschlagnahmten Schriftensmaterials ist im Gange. Sie führte bis jetzt schon zur Festnahme von 2 Personen wegen Verdachts und eines Mannes aus Berlin, der als kommunistischer Kurier anzusehen ist, und dessen Tätigkeit in München nachgeprüft werden muß.

## Kommunisten schießen auf Nationalsozialisten.

Ein Nationalsozialist schwer verletzt.

\* Berlin. Am Mittwochabend gegen 22 Uhr wurden einige Nationalsozialisten in Berlin-Schöneberg Ecke Götten- und Logauer Straße von zwei Kommunisten beschossen. Dabei erhielt ein 23jähriger Nationalsozialist, der Handlungsgehilfe Franz Kobb, einen schweren Bauchschuß und wurde in bedenklichem Zustand in das St. Robert-Krankenhaus eingeliefert. Die Schützen konnten in der Dunkelheit entkommen.

## Schießerei im Berliner Norden.

Ein Toter.

Berlin. (Frankfurt.) Im Norden Berlins wurden am Mittwoch nachmittag vor einem kommunistischen Verbandslokal von unerkannt entkommenen Tätern mehrere Schüsse abgegeben. Von den Kugeln wurden die Inhaberin des Lokals und ein 59jähriger Anwaltskellner Zehebrecht verletzt. Zehebrecht ist inzwischen an den Folgen seiner schweren Verletzung gestorben.

## Wilde Gerüchte.

Berlin. (Frankfurt.) In Dresden trat heute mit großer Hartnäckigkeit das Gerücht auf, daß der Führer Dom in Flammen stehe, ebenso wurde in Berlin behauptet, daß das Berliner Warenhaus Tietz brenne. Alle diese Gerüchte entbehren selbstverständlich jeder Begründung.